

Die Relevanz gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse für die Entwicklung einer Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie

Gender und Sustainability

Pia Paust-Lassen

"Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es. Keine biologische, psychische oder ökonomische Bestimmung legt die Gestalt fest, die der weibliche Mensch in der Gesellschaft annimmt" (de Beauvoir¹). Mit diesen Sätzen legte Simone de Beauvoir den Grundstein für den Gedanken, dass Geschlecht eine soziale Kategorie ist - also für die Idee von Gender.

Der europäische Diskurs zur Konkretisierung und Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zeichnet sich bislang durch Blindheit gegenüber den Geschlechterverhältnissen aus.

Angesichts von weltweiter Zerstörung der Lebensgrundlagen und der Krise der Arbeitsgesellschaft im gegenwärtig herrschenden Wirtschaftssystem ist eine umfassende Problemanalyse für die Entwicklung einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise erforderlich.

Dafür ist auch die Analyse herrschender Machtstrukturen, gegenwärtiger Verteilungsmechanismen und die Analyse der Geschlechterverhältnisse geboten.

Solange sich Wirtschaften allein an abstrakten ökonomischen Wachstumszielen und Effizienzkalkülen orientiert, wobei das einseitige Modell der Erwerbsarbeit vorherrscht, wird eine andere vorsorgeorientierte Konzeption einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Gesellschaft nicht durchsetzbar.

"Eine Gesellschaft, in der Versorgungs- und Erwerbsarbeit, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse, die Verfügbarkeit über Gestaltung von natürlichen Ressourcen, die Entscheidungsmacht und -zuständigkeiten, die Pflichten und Verantwortlichkeiten sowie die Bildungs- und Karrierechancen geschlechtsspezifisch ungleich verteilt sind, ist keine nachhaltige Gesellschaft".²

Die Europäische Kommission hat 1996 in ihrer "Gender Mainstreaming" - Strategie als Ziel festgelegt, in alle Politikbereiche systematisch die Genderperspektive³ mit einzubeziehen.

Damit ist gemeint, die unterschiedlichen Bedingungen, Situationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern in allen Aktionen und Politiken der Staat-

tengemeinschaft als Basisprinzip zu behandeln.⁴

Politische Entscheidungen erscheinen generell als "gender-neutral", obwohl sie erwiesenermaßen unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen haben, auch wenn diese Effekte nicht beabsichtigt sind.

Der rechtliche Rahmen für dieses Gender-Mainstreaming-Prinzip wird auch durch die Artikel 2 und 3 des Europäischen Vertrages von Amsterdam bekräftigt, sowie durch Artikel 23 (1) der Charter der Grundrechte der Europäischen Union.⁵

Parallel zu diesem Prinzip hat die Europäische Union die Entwicklung einer europäischen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen⁶, in der festgelegt wird:

"Nachhaltige Entwicklung muss zentrales Ziel aller Fachpolitiken und Maßnahmen werden. Das bedeutet, dass Politiker und Politikerinnen wahrscheinliche - positive wie negative - Auswirkungen auf andere Politikbereiche identifizieren und berücksichtigen müssen.

Die sorgfältige Überprüfung aller Effekte politischer Vorschläge müssen Annahmen über ihre ökonomischen, umweltbezogenen und sozialen Auswirkungen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union beinhalten. Dies betrifft auch, wo relevant, die Effekte auf Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit der Geschlechter."

Für die Weichenstellung in Richtung zu einer nachhaltigen Entwicklung ist es daher offenbar erforderlich, auch die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und weltweit an den Grenzen der ökologischen Rahmenbedingungen auszurichten. Das betrifft zum einen die Beachtung der verfügbaren Ressourcen aus der natürlichen Umwelt, zum anderen auch die Grenzen der Belastbarkeit der Ökosysteme durch Abfallprodukte jeglicher Art.

Ansätze für die Umsteuerung des Wirtschaftens, die diese Rahmenbedingungen ernst nimmt, sind in den Theorien zum "Vorsorgenden Wirtschaften"⁷ zu finden.

Diese Ansätze gehen davon aus, die Welt als ein vernetztes Ganzes wahrzunehmen, als ein System. Alles Leben und alle nichtlebendige Natur stehen in permanenter Verbindung, im Austausch und in gegenseitiger Abhängigkeit. Der Zyklus von Produzieren, Konsumieren, Verwerten und Reproduzieren ist die Basis für Überlegungen über die Gestaltung des Wirtschaftens.

Ebenso wie der Mensch in seine natürliche Mitwelt eingebettet ist, so ist er es auch in seine soziale Mitwelt. In der herrschenden Ökonomie werden die soziale Lebenswelt mit ihrer Versorgungswirtschaft und die natürliche Mitwelt als unhinterfragte Existenzbedingungen dieser auf die monetären Vorgänge und auf die warenförmigen Dinge reduzierten Wirtschaft vorausgesetzt. Die Versorgungswirtschaft erfährt daher eine Abwertung und wird der Erwerbswirtschaft hierarchisch untergeordnet. Beide dieser Wirtschaftsbereiche sind durch geschlechtliche Arbeitsteilung und durch die soziale Konstruktion der Geschlechterrollen gekennzeichnet. Die Erwerbswirtschaft wird als sozial "männliche" Sphäre wahrgenommen, die Versorgungswirtschaft als die sozial "weibliche" Sphäre.

Aus feministisch-ökonomischer Perspektive wird das "soziale Geschlecht" als analytische Kategorie in die Ökonomie eingeführt. Womit die gängigen Rollenverteilungen für die sozialen Geschlechter in der Versorgungs- und in der Erwerbsarbeit hinterfragt werden.

Derartige Ansätze für eine nachhaltige Wirtschaftsweise benötigen auch einen erweiterten Arbeits- und Produktivitätsbegriff. Dafür ist die Einheit von Produktion und Reproduktion, von Gestaltung und Erhaltung, von Erneuerung und Reorganisation als Grundlage zu beachten. Es geht sowohl um den sorgenden Erhalt von sich selbst, von anderen und von der Gesellschaft als auch um den sorgsam Umgang mit der natürlichen Mitwelt und deren Produktivität. Denn auf der Naturproduktivität, die die menschliche Natur mit einschließt, beruht alles menschliche Wirtschaften.

Die heutigen überall erfahrbaren Krisen, sowohl ökologische als auch soziale, werden bislang zu selten mit der Trennung des "Ganzen der Arbeit" und mit der Trennung der Wirtschaft in drei Teile (Markt-, Versorgungs- und Gemeinwesensektor) in Verbindung gebracht.

Auf der politischen Ebene gilt es daher, Rahmenbedingungen zu entwickeln, die die Verknüpfung dieser getrennten Bereiche untereinander verfolgen.

Zur Umsetzung einer ernst gemeinten Strategie zur

Nachhaltigen Entwicklung ist das Aufzeigen von "blinden Flecken" eine Grundvoraussetzung.

Einer dieser blinden Flecke ist die Nichtbeachtung der Genderdimension, also zum einen der Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse unter Berücksichtigung der sozialen Geschlechter (Teilung), zum anderen die Beachtung dieser Dimension wenn es darum geht, die Auswirkungen von politischen Entscheidungen zu beurteilen.

Weil die herrschende Ökonomische Praxis tatsächlich einen produktiven und zugleich einen reproduktiven Prozess umfasst und Ressourcen-Nutzung und Umweltbelastung einen untrennbaren Problemzusammenhang bilden, müssen diese Zusammenhänge für die Entwicklung einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft ins Blickfeld gerückt werden.

Indem die Produkte der ökologischen Natur als Stoffe in das anthropogene Nutzungssystem hineingeholt, indem sie produktiv und konsumtiv umgestaltet und umgewandelt werden, werden zugleich wieder (gewollt und ungewollt) ökologische Qualitäten hergestellt.

Aus diesem Wiederherstellungsprozess können produktive, aber auch, kontraproduktive Resultate (Umweltprobleme) hervorgehen.

Entlang des Weges in eine Ökonomie der Nachhaltigkeit kommt es daher darauf an, die Wirtschaftsprozesse umzugestalten - die stofflichen Resultate wirtschaftlichen Handelns mit dem Ziel ihrer Eigenschaft als künftige "Ressourcenbasis" wieder hervorzubringen. Wobei die stoffliche Seite eine eigene Würdigung erfahren muss, weil sowohl Umwandlung als auch Abbauprozesse stoffspezifisch unterschiedliche Auswirkungen auf die Ökosysteme und in der Folge dann auch auf die menschliche Gesundheit haben.

Genannt seien hier beispielsweise Abbauraten und -zeiten, persistente, bioakkumulative, toxische, fortpflanzungstoxische und allergieauslösende Stoffe.

Die Phänomene im sozialen Raum erweisen sich als Folge der Internalisierung der Produktivität des "Reproduktiven" in den ökonomischen Wertschöpfungsprozessen

und der gleichzeitigen Externalisierung der physischen und sozialen "Nebenfolgen" derselben Prozesse. Der Bruch zwischen abstrakt wertökonomische organisierter "Produktionssphäre" und über soziallebensweltliche und physische Prozesse vermittelter "Reproduktionssphäre" - der Bruch zwischen Markt- und Versorgungsökonomie - stellt sich im sozialen Raum vor allem als ein Bruch zwischen den sozialen

Geschlechtern dar.

Eine Nachhaltig wirtschaftende Gesellschaft hätte zum Ziel, die Wiederherstellung dessen, was in der industrieökonomischen Bewertungslogik von vorneherein als getrennt erscheint, zu verfolgen. Also die Wiederherstellung der ökonomischen Einheit von Herstellungs- und Wiederherstellungsprozessen mit Blick auf die physischen und mit Blick auf die sozialen Grundlagen des Wirtschaftens.

Die europäischen Grundsätze zum Gendermainstreaming sind ein erster Ansatz, die Genderdimension bei den Zielvereinbarungen für eine Nachhaltige Strategie einzubeziehen.

Die Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe in alle Politikbereiche aufzunehmen, bedeutet gerade auch, diese für die nachhaltige Entwicklung umzusetzen.

Gendermainstreaming meint ausdrücklich den Prozess und die Vorgehensweise, die Geschlechterperspektive in die Gesamtpolitik aufzunehmen. Dies bedeutet, die Entwicklung, Organisation und Evaluierung von politischen Entscheidungsprozessen und Maßnahmen so zu betreiben, dass in jedem Politikbereich und auf allen Ebenen die Ausgangsbedingungen und die Auswirkungen auf die Geschlechter berücksichtigt werden sollen, um auf das Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern hinwirken zu können.

Dieser Prozess soll Bestandteil des normalen Handlungsmusters aller Ressorts und Organisationen werden, die an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind.

Bislang werden tendenziell Geschlechterverhältnisse ausschließlich dem sozialen Kontext zugewiesen. Für die Strategie einer nachhaltigen Entwicklung muss aber eine Auseinandersetzung mit den Kategorien Wirtschaft, Arbeit und den damit verbundenen Wachstumsbegriffen und Naturbegriffen geleistet werden.

Die theoretischen Konzepte zum Vorsorgenden Wirtschaften bieten hier einen entscheidenden Zugang. Darüber hinaus gilt es auch, sich mit den bereits formulierten Konzepten, insbesondere von Frauen aus den Ländern des "Südens", des "sustainable livelihood" zu beschäftigen.

Für die Ebene der europäischen Politik ist die Unterordnung der ökologischen und sozialen Dimension innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie, sowie die Ausblendung der Genderdimension zu hinterfragen.

Der Schwerpunkt der Lissabon-Strategie liegt ver-

stärkt auf der Betonung von Wirtschaftswachstum und Stärkung des Wettbewerbs.

Die Allgemeinen Ökonomischen Politik-Leitlinien (Broad Economic Policy Guidelines) überlagern noch immer und derzeit zunehmend die ökologischen und sozialen Zielsetzungen Europas.

Besorgniserregend sind die Entwicklungen der sozialen Schutz-Systeme, sowohl deren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe (und entsprechender Ausgrenzung) an Erwerbstätigkeit als auch auf die Geschlechtergerechtigkeit. - Beispielsweise: Dokument der EU-Kommission über die "Modernisierung der Sozialen Absicherung für mehr und bessere Jobs" (COM/2003/842). Dessen Ausrichtung basiert auf dem Prinzip "Arbeit bezahlbar machen", was zur Stigmatisierung von Menschen führt, die keine Erwerbsarbeit finden, was den Druck zu niedrig bezahlter Arbeitsaufnahme verstärkt und was letztendlich dazu führt, dass soziale Ausgrenzung und Armut verstärkt werden. -

Die "Europäische Frauenlobby"⁸ fordert daher, dass jeder Reform der sozialen Sicherungssysteme die spezifische Analyse aus der Genderperspektive beinhalten muss.

Sie mahnt zudem an, die Gendermainstreaming-Prinzipien in den Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitiken umzusetzen. In die Broad Economic Policy Guidelines ist diese Dimension ebenfalls zu integrieren. Ohne spezifische Indikatoren zur Evaluierung der Wirtschaftspolitiken innerhalb der BEPG, die sich auf die unterschiedlichen Auswirkungen dieser Politiken auf Frauen und Männer stützen, sei es nicht möglich, Diskriminierungen von Frauen entgegenzuwirken.

Auch für die Politiken zum Schutz der Umwelt fordert die Frauenlobby die aktive Einbeziehung von Frauen in alle Entscheidungsprozesse sowie die Integration der Genderbelange und -perspektiven in alle Programme und Politiken der nachhaltigen Entwicklung.

Das von der EU-Kommission im Rahmen des 5. Forschungsrahmenprogramms geförderte Thematische Netzwerk "Sustainability Strategy" stellt sich in seiner Arbeit den Herausforderungen dieser querschnittsorientierten Ansätze und entwickelt Empfehlungen für die weitere Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie in Europa (und darüber hinaus), die die oben aufgezeigten Konzepte mit berücksichtigen.

-
- 1 Beauvoir, Simone de: "Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau." 1997, Reinbeck (Rowohlt)/Originalausgabe 1949.
 - 2 Genanet: Stellungnahme zur Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie, 2004
 - 3 Definition "Sex" und "Gender": "Sex" bezieht sich auf die biologisch determinierten Unterschiede zwischen Frauen und Männern, universal. "Gender" bezieht sich auf die sozialen Unterschiede zwischen Frauen und Männern; erlernte, geprägte Unterschiede, die sich mit der Zeit verändern (lassen) und die große Variationen innerhalb und zwischen den Kulturen aufweisen.
 - 4 Europäische Kommission: "Incorporation equal opportunities for women and men into all Community policies and activities", COM(96)67
 - 5 Article 2 of the EC Treaty: "The promotion of equality between men and women is a task of the European Community"; Article 3: "In all its activities the Community shall aim to eliminate inequalities and to promote equality between men and women." - Article 23 (1) of the Charter of Fundamental Rights of the European Union: "Equality between men and women must be ensured in all areas, including employment, work and pay."
 - 6 EU: "Sustainable Development Strategy / SDS 2001, p 6"
 - 7 Adelheid Biesecker, Maite Mathes, Susanne Schön, Babette Scurrall (Hrsg.): "Vorsorgendes Wirtschaften - Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens", 2000, Kleine Verlag, Wissenschaftliche Reihe Band 132.
 - 8 The European Women's Lobby (EWL): www.womenlobby.org
-

AUTHOR:

Pia Paust-Lassen

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Koordination
Freie Universität Berlin, Institut für Philosophie

Habelschwerdter Allee 30, D-14195 Berlin

paustlassen@aol.com